



WELTplus vom 03.04.2022 12:33:48 / Ressort: Kultur

Ungarnwahl

"Praktisch hat Orbán Ungarn mit Russlands Interessen verbunden"

Er war Bildungsminister und hat den ungarischen "Mafia-Staat" erforscht. Im Gespräch erklärt Bálint Magyar, warum die EU einen Wahlsieg Viktor Orbáns nicht anerkennen sollte, was sein Land von Polen unterscheidet und warum Ungarn sich nicht von Putin lösen kann.

Viktor Orbán selbst bezeichnet sein Land als "illiberale" Demokratie. Seit 2010 herrscht seine Partei Fiala Demokraták Szövetsége, kurz: Fidesz im Bündnis mit der Christlichen Volkspartei mit Zweidrittelmehrheit in Ungarn. Diese Mehrheit erlaubte es der Orbán-Regierung, viele wichtige Gesetze zu ändern. Über einhundert Mal etwa habe sie das Wahlrecht geändert, sagt der liberale Ex-Minister und Politologe Bálint Magyar im Gespräch, "so wie es die Regierung gerade brauchte." Das ist nur einer der Gründe, die Magyar zu der provokanten Forderung motiviert, im Falle eines Wahlsiegs von Fidesz solle die EU die neue Regierung nicht anerkennen. .

Bálint Magyar begann seine akademische Karriere 1977 nach einer Promotion in politischer Ökonomie und einem Magister in Geschichte und Soziologie. Ab 1979 war er in der antikommunistischen Oppositionsbewegung aktiv. Seit ihrer Gründung 1988 engagierte er sich in der Ungarischen Liberalen Partei (Allianz der Freien Demokraten). Magyar war von 1990 bis 2010 Mitglied des ungarischen Parlaments und Bildungsminister (1996-1998 und 2002-2006).

Seine Analyse ungarischen "Mafiastaat" veröffentlichte Magyar 2013. Sein neues Buch (geschrieben zusammen mit Bálint Madlovics) "The Anatomy of Post-Communist Regimes" erschien im Oktober 2020.

Derzeit forscht Bálint Magyar am Democracy Institute der Central European University in Wien. Wir erreichen ihn über Skype an seinem Schreibtisch.

WELT: Herr Magyar, den Prognosen zufolge liegt Viktor Orbáns Partei Fidesz in der Wählergunst bei den ungarischen Parlamentswahlen leicht vorne. Besteht noch eine Chance für das Bündnis der Oppositionsparteien?

Bálint Magyar: Schwer zu sagen, denn der Anteil derer, die die Fragen der Meinungsforscher nicht beantwortet haben, ist groß. Deshalb mussten sie ständig ihre Stichproben anpassen, um sie repräsentativ zu machen. Die andere Frage ist, ob die Befragten sich trauen zu sagen, was sie wirklich denken.

WELT: In einem gerade erschienenen Artikel behaupten Sie und Ihr Co-Autor Bálint Madlovics, dass der Ausdruck "frei, aber nicht fair" auf diese Wahlen nicht anwendbar sei. Wie ist das zu verstehen?

Magyar: Es geht nicht nur um die Frage, ob und wie die Regierung konkret im engeren Sinne bei den Wahlen betrügt. Zur Diskussion steht auch, wie sie das Wahlgesetz nach ihren Bedürfnissen verändert hat. Heute braucht man in einem Wahlkreis, in dem Fidesz stark ist, viel weniger Wähler, um ein Mandat zu erringen, als in anderen Wahlkreisen, etwa in Budapest, wo die Oppositionsparteien mit größerer Wahrscheinlichkeit gewinnen werden. Dafür brauchen sie aber mehr Stimmen. Und es gibt eine gigantische Betrugsmaschinerie mit den Stimmen derjenigen, die die doppelte Staatsbürgerschaft haben, in Transsylvanien oder der Wojwodina leben und per Post abstimmen können.

WELT: Also in Rumänien und Serbien.

Magyar: Die Ergebnisse von dort sind praktisch unkontrollierbar. Auf der anderen Seite gibt es ungarische Staatsbürger, die zwar in Ungarn ihren Wohnsitz haben, aber in westeuropäischen Ländern oder den USA leben. Die können nicht per Post abstimmen. Sie müssen in den Konsulaten oder Botschaften wählen und manchmal Hunderte von Dollar für Flugtickets und einen ganzen Tag für die Hin- und Rückreise investieren. Sie sympathisieren zu einem viel größeren Teil mit den Oppositionsparteien. Ich würde sagen, das ist der Wahlbetrug im engeren Sinne des Wortes.

WELT: Und im weiteren Sinne?

Magyar: Der andere wichtige Punkt ist die Position der Regierung in den Medien. Die staatlichen Medien sind ein direkter Propagandaapparat für das Orbán-Regime. Der gemeinsame Kandidat der Oppositionsparteien hatte fünf Minuten Sendezeit in den staatlichen Medien. In den vergangenen vier Jahren wurde er nie eingeladen. Am 15. März, unserem Nationalfeiertag, hielt Orbán eine Rede. Sie wurde neun Mal im ungarischen Fernsehen ausgestrahlt, während die Rede des Oppositionsführers überhaupt nicht gesendet wurde. Kein einziges Mal. Dann ist da das Helikoptergeld, das vor den Wahlen verteilt wurde. Allein im Februar dieses Jahres wurden umgerechnet etwa vier Milliarden Euro an bestimmte Schichten der ungarischen Bevölkerung ausgezahlt. Das sind etwa vier oder fünf Prozent des ungarischen Bruttoinlandsprodukts, die den Wählern als Geschenk gemacht wurden.

Welt: Können Sie Beispiele für solches Helikoptergeld nennen?

Magyar: Jeder, der Kinder hat, bekommt die Einkommenssteuer für 2021 zurück. Die dreizehnte Monatsrente wurde eingeführt, ein Geschenk für die Rentner. Und für alle, die unter 25 Jahre alt sind, ist die Einkommenssteuer abgeschafft worden, ohne Rücksicht darauf, wie viel sie verdienen. Ein junger Mann, der in IT-Branche arbeitet, kann ein riesiges Gehalt haben. Warum sollte er keine Steuern zahlen? Sie müssen auch wissen, dass wir in Ungarn ein Einheitssteuer von 15 Prozent haben, was nicht zu viel ist. Sogar die wurden abgeschafft. Der vierte solche Posten war, dass alle 70.000 Personen, die bei der Armee oder bei der Polizei arbeiten, sechs Monatsgehälter als Prämie bekommen haben. Einfach als Geschenk, jetzt im Februar. Formal ist das kein Wahlbetrug.

WELT: Aber?

Magyar: Soziologisch gesehen schon. Denn das sind Wahlkampfkosten, gedeckt mit Steuergeldern. Was Fidesz und die mit Orbán verbundenen quasi-öffentlichen Organisationen für Werbung ausgegeben haben, ist achtmal so viel wie die Kosten der vereinigten Oppositionsparteien. Überdies gibt es ein Sicherheitsnetz für die Orbán-Regierungspartei. Im letzten Jahr haben sie ihre Leute in den Schlüsselpositionen der öffentlichen Verwaltung zementiert. Sie haben Quasi-Stiftungen gegründet und aktive Politiker und ihnen treu ergebene Oligarchen in diesen Positionen installiert.

WELT: Die blieben auch nach einem möglichen Wahlsieg der Opposition im Amt?

Magyar: Ja. Was bedeutet, dass es für die Opposition, selbst wenn sie die Wahlen gewinnt, extrem schwierig sein wird, zu regieren, da Orbán und seine Leute einerseits die finanziellen Mittel und andererseits die Kompetenzen, die normalerweise zu einer Regierung gehören, an sich gerissen haben. Damit wird der Wahlprozess praktisch ausgehebelt. Denn ich wähle ja nicht diese oder jene Person, sondern ich wähle diese Person, damit sie entsprechende Befugnisse zur Verwendung von Staatsvermögen und Staatseinnahmen erhält. "Frei, aber nicht fair" - dieser Begriff ergibt überhaupt keinen Sinn. Das betrifft die grundlegende Frage nach der Legitimität der Wahlen.

WELT: Diese Wahlen sind nicht legitim?

Magyar: Ich denke, dass diese Wahlen nicht rechtmäßig sind. Sie könnten natürlich antworten: Warum treten die Oppositionsparteien dann überhaupt bei einer solchen Wahl an?

WELT: Warum tun sie das dann?

Magyar: Ich denke, die anderen Optionen wären Revolution oder Revolte. Außerrechtliche Schritte. Und die Oppositionsparteien, denke ich, haben die moralische Verpflichtung, alle Möglichkeiten für einen friedlichen Regimewechsel zu nutzen. Nicht einfach für einen Regierungswechsel, sondern für einen Regimewechsel.

WELT: Und wenn sie die Wahl verlieren?

Magyar: Dann kann man natürlich zu Recht sagen, dass es keine legitimen Wahlen gewesen sind, und dass ihr Ergebnis nicht akzeptiert werden kann. Wenn sie verlieren, dann ist die Frage, wie die neue ungarische Regierung von den EU-Partnern behandelt wird.

WELT: Wie sollte die EU denn mit dem Wahlergebnis umgehen, wenn es zugunsten von Orbán ausfällt?

Magyar: Wenn Fidesz wiedergewählt wird, sollte die neue ungarische Regierung nicht wie eine gewählte Regierung behandelt werden.

WELT: Das Oppositionsbündnis ist überaus heterogen, mit Parteien von links bis ganz rechts.

Magyar: Lassen Sie uns mit dieser Partei, auf die Sie anspielen, Jobbik, beginnen. Ursprünglich war das mal eine rechtsextreme Partei. Aber die wirklich rassistischen und antisemitischen Mitglieder haben sie verlassen und eine neue Partei gegründet. Zumindest in den letzten zwei Jahren war es so, dass wenn immer ans Licht kam, dass ein Mitglied dieser Partei in der Vergangenheit antisemitische oder rassistische Positionen vertreten hat, die Partei sich dafür öffentlich entschuldigt hat.

Die vereinigten Oppositionsparteien haben es auch geschafft, auf der gemeinsamen Kandidatenliste drei Roma zu nominieren. Auf Listenplätzen, die sie definitiv ins Parlament bringen werden. Aber natürlich gibt es eine große Bandbreite im Oppositionsbündnis, von, ich würde sagen, der Neuen Linken bis zu Jobbik, die jetzt eine gemäßigt rechte Partei sind. Der wirkliche Unterschied zwischen diesen Parteien betrifft praktische politische Fragen, und manchmal auch Streitfragen wie etwa die der Abtreibung. Aber alle Parteien in diesem Bündnis bejahen die Gewaltenteilung, demokratische Regeln, Menschenrechte, etc.

WELT: Wäre das Bündnis im Fall eines Wahlsiegs denn in der Lage wäre, effektiv zu regieren?

Magyar: Ich glaube, dass es ein Mythos ist, Orbán würde sehr effektiv regieren. Im ungarischen Mafia-Staat ist alles zweifach motiviert: Das eine ist die Konzentration der politischen Macht, auf eine Art und Weise, die Orbáns eigene politische Macht erhält. Das andere ist die Anhäufung von Vorrechten für eine clanartige politische Elite, eine Gruppe, die ich als "angenommene politische Familie" bezeichne. Ich würde sagen, dass nichts, was Orbán tut, ein politisches Ziel verfolgt, sondern dass es lediglich politische Folgen hat. Das ist ein Unterschied. In Fragen der Innenpolitik, und nicht nur dort, ist es eine komplette Katastrophe, was Fidesz macht.

WELT: Und außenpolitisch?

Magyar: Orbán wurde von der Europäischen Volkspartei (EVP) verstoßen. Sein Plan, eine neue Parteienfamilie im EU-Parlament zu gründen, ist gescheitert. Und er hat die Visegrád-Gruppe gesprengt. Ungarn ist ein in Ungnade gefallenes Mitglied der Europäischen Union. Orbán ist darüber hinaus mit Russland verbunden. Er wollte eine Art Brückenfunktion zu Russland in der EU einnehmen, aber es gibt da keine Brücke, es gibt nur einen Graben. Er ist nicht wirklich frei bezüglich Russland, denn es ist keine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Putin, sondern eine korrupte Beziehung, eine Klientelbeziehung, in der Putin der Patron und Orbán der Klient ist.

WELT: Das spiegelt außenpolitisch wider, was im ungarischen Mafia-Staat, wie sie ihn nennen, selbst gang und gäbe ist, oder?

Magyar: Das, was ich "Gazprom-Diplomatie" nenne, hat innerhalb von vier oder fünf Jahren etwa hundertfünfzig Millionen Euro pro Jahr eingebracht. Orbáns Klient, ein privates Unternehmen, konnte billiges russisches Gas in Österreich kaufen, und die staatlichen ungarischen Pipelines, die es nach Ungarn transportierten, kostenlos nutzen. Die ungarischen Elektrizitätswerke kauften es dann zu einem höheren Preis von ihm. Fünf Jahre lang. Warum hatte ein ungarisches Staatsunternehmen nicht die Möglichkeit, das Gas direkt zu kaufen? Das ist Korruption auf nationaler Ebene. Dann gibt es das geplante Atomkraftwerk Paks 2, das jetzt wohl nicht mehr gebaut wird. Es hätte mit russischen Krediten errichtet werden sollen, aber der größte Teil der Arbeiten sollte von einem ungarischen Oligarchen, einem Strohmännchen für Orbán, durchgeführt werden. Ein ähnlicher Fall also. Ungarn hat darüber hinaus sogenannte residency bonds, Staatsanleihen, die mit einem Aufenthaltsrecht verknüpft sind, ausgegeben, an denen private Unternehmen riesige Summen verdient haben.

Aber ein Teil dieser Anleihen ging an russische Geheimdienstler und politische Eliten und ihre Familien, einige von ihnen waren gesuchte Kriminelle. Die konnten sich aufgrund dieser Anleihen innerhalb der EU frei bewegen. Und Orbán erlaubte es der International Investment Bank (IIB), die mehrheitlich in russischem Besitz ist, wir nennen sie im Volksmund auch "russische Spionage-Bank", ihren Sitz in Ungarn zu behalten. Jeder, der an dieser Bank beteiligt ist, erhielt Diplomatensstatus. Was heißt, dass keine ungarische Behörde gegen ihn ermitteln darf. Die Tschechische Republik und Rumänien haben sich aus der Bank zurückgezogen, wir haben unsere Kredite bei ihr noch erhöht.

Die ungarischen Geheimdienste sind von russischen Spionen infiltriert. Jetzt gibt es einen neuen Skandal: Russischen Hacker haben vor mehr als einem Jahr das ungarische Außenministerium geknackt. Der Außenminister, Péter Szijjártó, wusste davon. Er nahm aber trotzdem diese Medaille entgegen, die höchste Ehrung, die in Russland an ausländische Bürger vergeben wird, direkt von seinem Amtskollegen Lawrow. Dabei wusste Szijjártó, dass russische Spione alles mitlesen können, was in seinem Ministerium gesagt wird.

WELT: Sind diese Dinge auch der Grund für die ambivalente ungarische Reaktion auf den Ukraine-Krieg?

Magyar: Putin hat Orbán korrumpiert. Was er von Orbán bekam, war die Infiltration der EU und die Illoyalität Ungarns zugunsten Russlands. In eine normale Mafia kann man nicht einfach so eintreten und es gibt auch keinen freien Austritt. Man kann in die "Familie" aufgenommen werden, man kann rausgeschmissen, oder, in Führungszeichen, in den Ruhestand versetzt werden. Praktisch hat Orbán Ungarn mit Russlands Interessen verbunden. Und es ist nicht so einfach für ihn und die ungarische Regierung, diese Verbindungen loszuwerden, denn er ist erpressbar, wie ein ganz normaler Krimineller. In Bereichen, in denen die Verpflichtung besteht, im Konsens mit anderen EU-Ländern oder mit der Nato zu agieren, zieht Orbán natürlich an einem Strang mit ihnen. Aber bei allem, was von ihm allein abhängt, ändert er nichts in seiner Beziehung zu Russland.

WELT: Was hängt nur von ihm ab?

Er will die russischen Spione nicht aus Ungarn ausweisen. Die russische Spionage-Bank hat weiterhin ihren Geschäftssitz in Ungarn. Der staatliche Kanal des ungarischen Fernsehens sendet offene russische Propaganda. Sie greifen Selenskyj an. Sie verteidigen Russland in diesem Krieg. In den Vereinten Nationen hat sich eine Gruppe von 49 Staaten gebildet, die sagt, dass es Kriegsverbrechen sind, die Putin und die russische Armee in der Ukraine begehen, und dass das untersucht werden muss. In der EU sind wir das einzige Land, das sich dieser UNO-Gruppe nicht angeschlossen hat. Orbán vollzieht also viele symbolische Handlungen zugunsten Russlands und versucht auch ansonsten, die Beziehungen aufrechtzuerhalten.

WELT: Gibt es ideologische Gründe für die Nähe Orbáns zur russischen Politik?

Magyar: Das ist kein ideologisches Problem, sondern ein Problem des Populismus. Zusammen mit meinem Freund Bálint Madlovics habe ich "Populismus" auf eine Weise definiert, die nicht dem Mainstream der Politikwissenschaft entspricht. Populismus definieren wir als "ein ideologisches Instrument für das politische Programm eines moralisch ungezügelten kollektiven Egoismus". Und moralisch ungehemmter kollektiver Egoismus, das ist das, was jetzt in der Kommunikation über den russischen Krieg den Ton vorgibt: Wir Ungarn sollten nicht den Preis für einen Krieg zwischen Russland und der Ukraine zahlen. Wir müssen uns aus diesem Konflikt heraushalten. Das ist nicht unser Konflikt. Wir wollen Frieden. Dabei hat Orbán in den letzten 12 Jahren immerzu eine Kriegsrhetorik an den Tag gelegt.

Er gab sich als Kämpfer, ein Freiheitskämpfer für die ungarische Souveränität in einem "Kreuzzug gegen die Diktatur von Brüssel". Zum Beispiel, wenn es um die Steuerfreiheit für bis zu 50 Liter selbst gebrannten Schnaps, Pálinka, die den EU-Gesetzen widerspricht, ging. Aber wenn er jetzt bei einer Pressekonferenz nur lächelt und schweigt, wenn

Putin, 10 Tage vor dem Krieg, fordert, dass die Nato aus Ungarn und aus anderen Ländern abgezogen werden sollte, ist es keine Frage der ungarischen Souveränität, dass wir entscheiden können, Teil der Nato zu sein. Dabei war es das Ergebnis eines Referendums, dass wir der Nato beigetreten sind.

Orbán hat seine Kriegsrhetorik gegen eine Friedensrhetorik eingetauscht. Der eigentliche Sinn seines Populismus ist es, jegliche Verpflichtung zur Solidarität mit denjenigen, die verfolgt, getötet oder verletzt werden, oder die ihr eigenes Land verlassen müssen, zu leugnen. Der eigentliche Kern des Populismus ist keine Ideologie, er ist ein ideologisches Instrument: Er bedeutet moralisch ungehemmten kollektiven Egoismus. Die Botschaft an alle Ungarn ist, dass wir uns jetzt gemeinsam sehr egoistisch, amoralisch verhalten dürfen, weil das unseren Interessen entspricht.

WELT: Ist es denn im Interesse Ungarns, sich aus all dem herauszuhalten?

Magyar: Nein, natürlich nicht. Unser wirkliches Interesse ist es, mit der EU und der Nato zusammenzuarbeiten. Aber Orbán nutzt dieses vermeintliche ungarische Interesse als Vorwand und denunziert gleichzeitig die Oppositionsparteien als Bellizisten, die Ungarn in eine Kriegssituation bringen würden.

WELT: Manche Beobachter von Orbáns Politik versuchen diese mit der revisionistischen Perspektive der ungarischen Regierung, etwa auf den "Reichsverweser" Miklós Horthy zu erklären und führen die Sehnsucht nach wiedererstarkter nationaler Größe in Ungarn ins Feld.

Magyar: Den Sinn eines solchen Erklärungsansatzes bestreite ich voll und ganz!

WELT: Voll und ganz?

Magyar: Ja, voll und ganz!

WELT: Das müssen sie erklären

Magyar: Ich denke, dass der ungarische Mafia-Staat, genauso wie der russische Mafia-Staat auch, nicht ideologisch getrieben ist, sondern Ideologie lediglich benutzt. Polen ist im Gegensatz zu Ungarn ein ideologisch getriebenes System.

WELT: Was bedeutet dieser Unterschied zwischen Werten und Funktionalität?

Magyar: Die wahre Motivation für den autokratischen Versuch in Polen ist eine zweifache: Konzentration der politischen Macht und ideologische Indoktrination. In Ungarn besteht diese zweifache Motivation in der Konzentration von politischer Macht und der Anhäufung von persönlichem Reichtum. Als ein von Ideologie getriebenes Regime hat Polen eine wert-kohärente Ideologie. Die Probe aufs Exempel ist einfach: Ein Regime ist von einer Ideologie getrieben, wenn es bereit ist, den Preis für die Kohärenz ihrer Werte zu zahlen.

Wenn Jaros aw Kaczy ski immer wieder aufs Neue betont, dass er Abtreibungen gerne ganz verbieten möchte, dann fällt auf, dass das ein sehr unpopuläres Thema ist, sogar im heutigen Polen. Kaczy ski aber macht immer wieder Druck, weil seine Ideologie, die ich nicht teile, eine sehr kohärente Ideologie ist. Im ungarischen Fall, wo die Ideologie nur angewandt wird, hat die Ideologie keine Wertkohärenz, aber sie ist kohärent mit Blick auf ihre Funktionalität. Man kann also gleichzeitig sehr widersprüchliche, ideologisch gegensätzliche Muster verwenden. Wenn liberale Intellektuelle versuchen zu zeigen, dass es einen totalen Widerspruch in dem gibt, was Orbán sagt - einmal hat er dies und dann das gesagt, dann sage ich: Nein, es gibt überhaupt keinen Widerspruch, es gibt nur eine funktionale Kohärenz und keine Kohärenz der Werte.

So war es für Orbán selbstverständlich, dass er auf dem Höhepunkt der sogenannten Flüchtlingskrise 2015 eine Kampagne führte: die muslimischen Horden kommen, das Christentum ist in Gefahr und so weiter. Das sagte er am Vormittag, und am selben Tag traf er sich nachmittags mit muslimischen Unternehmern, mit denen er familiäre Beziehungen hat, also gemeinsame korrupte Geschäfte tätigt, korrupte Immobiliengeschäfte. Und er lobte die Kultur des Islam, sagte, dass wir auch viel von dieser Kultur gelernt haben. Das ist kein Widerspruch, das ist kohärent, wenn man von der Funktionalität her denkt. Für einen Teil des Publikums: dieses ideologische Muster, für einen anderen Teil des Publikums: ein anderes.

Mladen Gladi{!x107!}

Bildunterschrift: Keine partnerschaftliche Beziehung: Putin und Orbán 2019
Wladimir Putin und Viktor Orbán in Budapest im Oktober 2019.
Bálint Magyar in Budapest

Quelle: WELTplus vom 03.04.2022 12:33:48


Ressort: Kultur

Dokumentnummer: 200204444

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.genios.de/document/WEPL__0e09696faf832aa5609989a63ced7500b5987b9f

Alle Rechte vorbehalten: (c) WeltN24 GmbH

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH